



Till Karmann / Simon Wendt /
Tobias Endler / Martin Thunert (Hrsg.)

Zeitenwende 9/11?

Eine transatlantische Bilanz

Verlag Barbara Budrich

F. D. N. Y.

Till Karmann • Simon Wendt • Tobias Endler •
Martin Thunert • (Hrsg.)

Till Karmann • Simon Wendt •
Tobias Endler • Martin Thunert (Hrsg.)

Zeitenwende 9/11?

Eine transatlantische Bilanz

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2016

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Alle Rechte vorbehalten

© 2016 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-8474-0562-7 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-0955-7 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – disegno-kommunikation.de

Titelbildnachweis: U.S. Navy Photo by Photographer's Mate 2nd Class Jim Watson

Lektorat: Judith Henning, Hamburg – www.buchfinken.com

Typographisches Lektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Zeitenwende 9/11? Begrifflichkeiten, Herangehensweisen und Themenfelder in transatlantischer Perspektive	9
<i>Tobias Endler, Till Karmann, Martin Thunert und Simon Wendt</i>	
Der 11. September 2001 – ein welthistorischer Wendepunkt?	29
<i>Philipp Gassert</i>	
Der Streit der Worte und das Ringen um Sinn: Der 11. September 2001 und seine Aufarbeitung im transatlantischen intellektuellen Diskurs	50
<i>Tobias Endler und Martin Thunert</i>	

Außen- und Sicherheitspolitik

Rede des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Frank-Walter Steinmeier zum zehnten Jahrestag der Terroranschläge des 11. September 2001	70
<i>Frank-Walter Steinmeier</i>	
Zeitenwende 11. September? Eine persönliche Bilanz	79
<i>Peter Struck</i>	
Die deutsche Reaktion auf 9/11: Eine „neue“ Politik der Terrorismusbekämpfung?	87
<i>Wilhelm Knelangen</i>	
Der 11. September 2001 und die Normalisierung der deutschen Außenpolitik	115
<i>Kai Oppermann</i>	

Der 11. September und die amerikanische Außenpolitik.....	143
<i>Simon Koschut</i>	
„Our war on terror begins with al-Qaeda, but it does not end there“ – Der 11. September als Zeitenwende in der amerikanischen Sicherheitspolitik?	173
<i>Robin Schroeder</i>	

Einwanderungspolitik und Politik der Vielfalt

Der 11. September 2001 und die amerikanische Einwanderungspolitik in historischer Perspektive	219
<i>Dorothee Schneider</i>	
9/11 und das (post-)ethnische muslimisch-amerikanische „Wir“ in den USA	237
<i>Sabina von Fischer</i>	
Europäische Migrationspolitik nach 9/11: Die Europäische Union zwischen humanitärer Verantwortung und sicherheitspolitischem Risikomanagement.....	264
<i>Alexandra Schmid</i>	

Die Rolle der Medien

Breaking News – Der 11. September 2001 als Zäsur für den Journalismus und das mediale Islambild in Deutschland?.....	289
<i>Tim Karis</i>	
Neue Angst durch 9/11? Mediendarstellung und Interpretation von Terrorismus	316
<i>Eva-Maria Mayer</i>	

Mediale Terrorberichterstattung und deren Interpretation vor und nach 9/11	333
<i>Wolfgang Frindte, Nicole Haußecker und Jens Jirschitzka</i>	
Die AutorInnen des Bandes	375

Einleitung: Zeitenwende 9/11? Begrifflichkeiten, Herangehensweisen und Themenfelder in transatlantischer Perspektive

Tobias Endler, Till Karmann, Martin Thunert und Simon Wendt

1 Der Kampf mit der Hydra: Der 11. September und der ‚War on Terror‘

Als sich am 11. September 2001 aus buchstäblich heiterem Himmel zwei Passagierflugzeuge in die Zwillingstürme des World Trade Center bohren, stehen die Vereinigten Staaten von Amerika unter Schock. Wenig später ist klar: Beinahe 3.000 Menschen fallen insgesamt dem terroristischen Massenmord zum Opfer. Der Einsturz der Türme – Inbegriff kapitalistischer Größe – ist von drastischer Bildsymbolik. Die Plötzlichkeit des Angriffs reißt die USA mit radikaler Wucht aus ihrem scheinbaren Zustand der Unverwundbarkeit. Ein von wirtschaftlichem Wachstum geprägtes Jahrzehnt, in dem außenpolitische Fragen eine untergeordnete Rolle spielten, geht abrupt zu Ende. Die bis zu diesem Zeitpunkt scheinbar übermächtige Weltmacht stürzt in eine Krise, die sich schnell zu einer Identitätskrise auswächst, wenn auch unmittelbar nach den Anschlägen die Geschlossenheit der Bevölkerung größer ist denn je: Die Zustimmungswerte zur Amtsführung von George W. Bush schnellen auf 90% hoch – der höchste jemals von Gallup gemessene Wert.¹ Der Präsident zieht Parallelen zum Angriff auf Pearl Harbor; in seiner Rede vor dem Kongress neun Tage nach den Anschlägen führt er den Krieg der USA gegen „Faschismus, Nazismus und Totalitarismus“ im Zweiten Weltkrieg an.² Wie zumeist bei Herausforderungen dieser Größenordnung wird Politik aufgrund des tiefen Gefühls der Verwundbarkeit zur Stunde der Exekutive; weite Teile der Öffentlichkeit, einschließlich der Medien und breiter Mehrheiten im Kongress, sammeln sich um die Flagge (*rally around the flag*). Sie begünstigen auf diese

1 <http://www.gallup.com/poll/4924/bush-job-approval-highest-gallup-history.aspx>, abgerufen am 16.7.2015.

2 „Address to the Joint Session of the 107th Congress, September 20, 2001.“ Selected Speeches of President George W. Bush, 2001-2008. S. 65-74. http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/infocus/bushrecord/documents/Selected_Speeches_George_W_Bush.pdf, abgerufen am 20.7.2015.

Weise den umfassenden Machtanspruch der Exekutive, der die Grenze zwischen verfassungsgemäßer Machtausübung und deren Übertretung mitunter verwischen lässt.

Diese Entwicklungen sind einer von mehreren Gründen dafür, warum einige Beobachter 9/11 rückblickend als Zeitenwende betrachten. Schließlich schien der Terrorangriff auf brutale und endgültige Weise Francis Fukuyamas These vom Ende der Geschichte zu widerlegen und vielmehr dem notorischen Pessimisten Samuel Huntington Recht zu geben, der den Kampf der Kulturen vorhergesagt hatte.³ Oder ist der 11. September 2001 im Rückblick eher als Katalysator anzusehen, der bereits zuvor existente Entwicklungen in den wichtigsten Politikfeldern verdichtet und beschleunigt hat – und auch den außenpolitischen Aktionsradius der Weltmacht genauer akzentuiert, nicht aber von Grund auf neu definiert oder gar geschaffen hat? Auf der Skala zwischen diesen Deutungsalternativen lassen sich die meisten Beiträge dieses Bandes verorten. Unzweifelhaft sorgt der Anschlag für eine scharfe politische Zäsur: Der Kampf gegen den Terror und damit die nationale Sicherheit werden von einem Tag auf den anderen zur Hauptsache der Regierungspolitik, beinahe alle innen- wie außenpolitischen Ressourcen sind darauf ausgerichtet. Der noch vor Ablauf des Jahres 2001 in Rekordzeit und mit überwältigenden Mehrheiten vom Kongress verabschiedete USA PATRIOT Act greift tief in die Privatsphäre der Bürger ein, was diese (notgedrungen) hinnehmen. Eine eigenwillige Verfassungsinterpretation, die Theorie der einheitlichen Exekutive (*unitary executive theory*), wird von den Rechtsberatern der Bush-Administration – insbesondere im Umfeld des Vizepräsidenten Cheney – bemüht, um die von der Exekutive angeordnete unbegrenzte Internierung (zumeist nicht-amerikanischer) Verdächtiger zu rechtfertigen. Diese bleiben zudem ohne Rechtsbeistand. Nicht zuletzt leitet die Regierung Verhörpraktiken bei Terrorverdächtigen ein, die ein Jahre später eingesetzter Untersuchungsausschuss des US-Senats sowie Bushs Nachfolger Obama als Folter bezeichnen werden.⁴

Das prekäre politische Klima wird zusätzlich dadurch angeheizt, dass die US-Regierung ihre Bürger über Monate in einen künstlichen Alarmzustand versetzt. Ein eigens entworfenes Farb-System wird eingeführt, fünf Farben signalisieren den Grad der Bedrohung für das Land. Alarm Orange, die zweithöchste Stufe, sorgt für scharfe Sicherheitsmaßnahmen an sämtlichen Verkehrsknotenpunkten; Atomkraftwerke, aber auch Einkaufszentren werden

3 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*. New York: The Free Press, 1992. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon & Schuster, 1996.

4 Zu dieser Theorie vgl. Martin Thunert: „Beyond the Imperial Presidency: Presidential Power and its Limits during the George W. Bush Presidency“, in: Wilfried Mausbach, Dietmar Schloss, Martin Thunert (eds): *The American Presidency – Multidisciplinary Perspectives*, Heidelberg: Universitätsverlag Winter 2012, S. 148-150.

streng kontrolliert. Noch über Jahre hinweg gilt durchgängig Gelb für die „erhöhte“ Gefahr eines Anschlags. Ein Land hat sich verändert.

Die grellen Farben des Alarmzustands bleiben auch im übertragenen Sinn für das komplette Jahrzehnt nach den Terroranschlägen präsent. In unregelmäßigen Abständen flammt die Debatte um den „richtigen“, sprich: abschließend zielführenden Weg im Kampf gegen den globalen Terrorismus auf. Die hitzigen Wortgefechte bewegen sich im roten Bereich, als die USA 2002 damit beginnen, im Schauplatz Afghanistan aufgegriffene Kämpfer, von der Bush-Regierung als ‚*unlawful combatants*‘ bezeichnet, auf unbestimmte Zeit und meist ohne Anklageerhebung im US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba zu internieren. 2003 folgt der Einmarsch in den Irak mit einer ‚Koalition der Willigen‘, ab 2004 führt die Weltmacht die ersten Drohnenangriffe etwa in Pakistan durch. Anfang Mai 2011 wird der Drahtzieher der 9/11-Anschläge, Osama bin Laden, in Pakistan lokalisiert und getötet, und auch, als das Land am 11. Jahrestag der Anschläge (11./12. September 2012) den Tod des US-Botschafters und weiterer Mitarbeiter im libyschen Bengasi zu beklagen hat, herrscht Alarm.

Und doch beginnt die Warnfarbe gegen Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zu verblassen. Neue Sorgen schieben sich in den Vordergrund, allen voran die tiefgreifende Wirtschaftskrise, die lange über 2008 hinausreichen wird. Gleichzeitig registriert die US-amerikanische Bevölkerung, dass es der Bush- wie später auch der Obama-Regierung gelungen ist, einen neuerlichen Anschlag in der Größenordnung von 9/11 auf US-Territorium zu verhindern. Das heißt freilich nicht, dass die Auseinandersetzung um eine effektive Terror-Bekämpfung abreißt. Politische Entscheider, die investigativen Medien und vor allem die Intellektuellen des Landes ringen bis zum heutigen Tag darum, die richtigen Lehren aus der Katastrophe und dem Umgang damit zu ziehen: Sollte nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak nicht zukünftig auf Stabilisierungsmissionen verzichtet werden? Oder steht Washington trotz enormer Kosten und ungewissen Ausgangs dafür, Weichen in anderen Kulturkreisen zu stellen? Angesichts der chaotischen Entwicklungen in Nordafrika, in denen der anfangs so gefeierte Arabische Frühling versinkt, und angesichts eines vom Bürgerkrieg zerrütteten Syriens und des vom Megaterror des ‚Islamischen Staates‘ (IS) umgepflügten Iraks mehren sich auch innerhalb der Vereinigten Staaten die Stimmen, die davor warnen, an den Diktaturen anderer Länder zu rütteln. Offenkundig ist auch der Obama-Regierung nicht daran gelegen, über die aktuellen Herausforderungen hinaus in weitere Konflikte *on the ground* verwickelt zu werden. Doch bleibt das Thema umstritten, die öffentliche Meinung schwankt. So geht – parallel zur wachsenden Bedrohung durch den IS (zumindest in der Perzeption der US-Amerikaner) – die Zustimmung zu Militärinterventionen seit etwa anderthalb Jahren wieder nach oben. In einer Umfrage des Pew Research Center vom September 2014 sagen nur noch knapp 40% der Bevölkerung, ihr Land „tue zu viel, um die Probleme der Welt zu

lösen.“ Noch im Spätherbst des Jahres zuvor war mehr als jeder zweite US-Amerikaner dieser Auffassung. Anders ausgedrückt: 31% sind dieser Tage der Meinung, die USA zeige zu wenig Engagement, globale Herausforderungen wie den IS-Terror anzugehen; noch im November 2013 fanden das lediglich 17%.⁵

2 Hybrider Terror

Aus der Pew Umfrage wird deutlich, in welchem Dilemma viele der Befragten stecken. Eine beträchtliche Anzahl scheint bereit – oder fühlt gar eine Verantwortung – für ein US-amerikanisches Engagement auch an weit entfernten Orten auf dem Planeten. Dies auch dann, wenn die von dort ausgehende Bedrohung für die Vereinigten Staaten nur marginal oder nicht unmittelbarer Natur ist. Andererseits darf der Preis nicht zu hoch sein. Zu viele Soldatenleben und Steuergelder haben die Einsätze vor Ort in Afghanistan und im Irak gefordert. Diese allen Entscheidungen zugrundeliegende Spannung ist den Zuständigen in der Regierung und den Expertengremien bewusst. Für sie steht fest: Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus darf nicht abreißen, sie muss aber zunehmend anders ablaufen, nämlich „klinischer“, d.h. mit einem deutlich verringerten Risiko für US-amerikanische Streitkräfte, mit geringerem (finanziellen) Aufwand und falls möglich unter Vermeidung des sogenannten *blowback*, also der Vergeltungsgefühle und Radikalisierungseffekte, die Häuserkämpfe in Bagdad und getötete Zivilisten in Kabul unvermeidlich auslösen.

Schon seit einiger Zeit konzentrieren sich daher US-Strategen mit Nachdruck – und unverminderter Härte – darauf, ihrem Land im Kampf gegen den Terror aus der Distanz zu einem Sieg zu verhelfen. Mehr als alles andere symbolisiert der Einsatz von bewaffneten Drohnen die asymmetrische Kriegsführung des 21. Jahrhunderts. Doch gerade als diese neuartigen, ebenfalls umstrittenen Waffensysteme beim Gegner Wirkung zu zeigen beginnen, ändert dieser vermeintlich seine Strategie: Dem IS geht es um die Beherrschung von Territorium, den Aufbau semi-staatlicher Strukturen im Grenzgebiet von Irak und Syrien samt Flughafen und Energieversorgung. Im Sommer 2014 erfolgt die Ausrufung des Kalifats. Die terroristische Bedrohung hat somit zwei Grundformen angenommen, die nebeneinander bestehen: Unverändert gilt die fortwährende Unberechenbarkeit radikalisierte (und chronisch schwierig zu lokalisierender) Einzeltäter, also jener fanatisierten Kämpfer, die im Januar 2015

5 Bruce Drake, „5 takeaways on how Americans view a world in crisis“, Pew Research Center, 4.9.2014. <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2014/09/04/5-takeaways-on-how-americans-view-a-world-in-crisis/>, abgerufen am 9.6.2015.

ein Blutbad in den Redaktionsräumen der französischen Satirezeitschrift *Charlie Hebdo* anrichten. Der Anschlag macht den Europäern auf schmerzliche Weise klar, dass die terroristische Gefahr nicht nur die US-Amerikaner, sondern den Westen als Ganzes konfrontiert. Eine Bekämpfung dieser Tätergruppe mithilfe von Drohnen mag in manchen Regionen Afghanistans und Pakistans praktikabel sein, nicht aber in der Innenstadt von Paris. Das fundamentalistische Regime ‚Islamischer Staat‘ unter der Regie von Abu Bakr al-Baghdadi dürfte davon abgesehen schon bald in der Lage sein, sich eines Drohnenbeschusses zu erwehren. Es ist jedenfalls schwer vorstellbar, dass das Kalifat – schon aufgrund seiner Größe, aber auch aufgrund seiner Wehrhaftigkeit – durch den punktuellen Einsatz unbemannter Flugobjekte in die Knie gezwungen werden kann.

Somit sieht sich der Betrachter knapp anderthalb Jahrzehnte nach dem 11. September einer ernüchternden Bilanz gegenüber. Der Kampf gegen den Terror ähnelt dem Kampf gegen die Hydra. Der Einmarsch in Afghanistan, die Tötung bin Ladens, das Eingreifen in Libyen, aber umgekehrt auch die Zurückhaltung im syrischen Konflikt haben ein erneutes 9/11 verhindert, die Gefahr aber nicht unter Kontrolle gebracht. Stattdessen hat die Hydra mehr Köpfe als zuvor, nicht zuletzt in Europa.

Die Suche der Regierungsstrategen nach der richtigen Taktik setzt sich fort. Es geht ihnen konkret von Fall zu Fall darum, der Terrorgefahr Herr und gleichzeitig der schwankenden Akzeptanz in der US-Bevölkerung in dieser Frage gerecht zu werden. Parallel hierzu reflektiert eine Vielzahl außen- wie innenpolitischer Experten den Umgang der Regierung mit einer hybriden und chronisch schwer zu greifenden, sicherlich aber langfristigen Gefahr für die USA – und, wie immer deutlicher wird, für die Welt. Experten, investigative Journalisten, hohe Regierungsbeamte, Intellektuelle, sie alle suchen nach einem umfassenden Konzept, einer analytischen Aufarbeitung des Geschehens und einer Vision für das innen- und außenpolitische Selbstverständnis der Weltmacht USA, das sich daraus ableiten lässt.

Wenn man sich die Entwicklung bis heute ansieht und die Tatsache anerkennt, dass die terroristische Bedrohung momentan zumindest für den Westen zwar nicht ganz so spektakulär, aber unvermindert gleich hoch ist, lohnt es, im Rückblick auf beinahe 15 Jahre die Streitfrage nach der ‚Zäsur 11. September‘ noch einmal zu beleuchten. Der vorliegende Band bietet – in den meisten Fällen transatlantische – Antworten an.

3 Zeitenwende 9/11?

Hat der 11. September 2001 die Welt wirklich nachhaltig verändert? Zum zehnten Jahrestag der Anschläge fand vom 9.-11. September 2011 am Heidelberg Center for American Studies (HCA) der Universität Heidelberg eine multidisziplinäre Fachtagung statt, um dieser Frage auf den Grund zu gehen. Ziel war es, das einschneidende Ereignis 9/11 in den Kontext der zurückliegenden Dekade einzuordnen, es in seinen Auswirkungen und nationalen wie transatlantischen Dimensionen zu reflektieren, und nicht zuletzt, es im Hinblick auf zu erwartende Konsequenzen neu zu bewerten. Entsprechend der – bewusst breit angelegten – Themenstellung, richteten viele der in den Monaten und Jahren nach der Tagung ausgearbeiteten Beiträge einen vergleichenden Blick auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in den USA und Europa, und hier vor allem in Deutschland. Darüber hinaus bezogen die Teilnehmer insbesondere diejenigen transatlantischen Verbindungen und Wechselbeziehungen in die Analyse ein, die im vorliegenden Kontext eine gewichtige Rolle spielen, und zwar im Hinblick auf Außen- und Sicherheitspolitik, Innen- und speziell Migrationspolitik sowie die Rolle der Medien. Das Wirkungsfeld letzterer ist angesichts globaler Live-Berichterstattung, interaktiver medialer Formate, einer wachsenden Anzahl von Online-Zeitschriften und zahlloser Blog-Foren längst grenzüberschreitend und nicht zuletzt transatlantisch aufgespannt.

Bevor wir uns im Rahmen der Einzelbeiträge der Frage widmen können, ob der 11. September als Zeitenwende angesehen werden kann, gilt es eine konzeptuelle und analytische Basis für ihre Erörterung zu schaffen. Im Verlauf der Tagung am HCA schälten sich in diesem Zusammenhang drei zentrale Begriffe heraus, die wir nun den politikfeldspezifischen Beiträgen voranstellen können. Die Termini ‚Zeitenwende‘, ‚Epoche‘ und ‚Zäsur‘, dies wurde in den Debatten und auch bei der abschließenden öffentlichen Podiumsdiskussion deutlich, sind von grundlegender Bedeutung, um den Problemkomplex 9/11 zu fassen.

Unter ‚Zeitenwende‘ versteht man in der Regel das Ende einer Epoche oder Ära und den Beginn einer neuen Zeit.⁶ Um diesen Begriff besser einordnen zu können, scheint es zunächst sinnvoll, den hiermit inhaltlich eng verknüpften Begriff ‚Epoche‘ näher zu bestimmen. Der deutsche Historiker Christoph Cornelißen definiert ‚Epoche‘ als einen „Zeitabschnitt, dessen Anfang und Ende durch markante Zäsuren bzw. durch einen qualitativen Wandel der Verhältnisse gekennzeichnet ist.“⁷ Sämtliche Beiträge in *Zeitenwende 9/11?* kreisen um die Frage, was unter jenem „qualitativen

6 Zum Umgang mit dem Begriff ‚Zeitenwende‘ ausführlich der Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

7 Christoph Cornelißen, „Epoche“, in: Stefan Jordan (Hrsg.), *Lexikon Geschichtswissenschaft. 100 Grundbegriffe*, Leipzig 2002, S. 70.

Wandel der Verhältnisse“ mit Bezug auf 9/11 zu verstehen ist. Mit anderen Worten: Die Autoren zielen auf eine Konkretisierung von Conelißens Definition am Fallbeispiel 9/11 ab.

Conelißen führt darüber hinaus den Begriff ‚Zäsur‘ an, der in der öffentlichen Diskussion über den 11. September oft synonym mit ‚Zeitenwende‘ gebraucht wird. Für unsere Zwecke tut jedoch eine separate, enge Definition Not. Dabei schließen wir an die Überlegungen des Heidelberger Historikers Manfred Berg an, der den epochalen Charakter des 11. September kritisch hinterfragt. Berg versteht in seinem Aufsatz für die *Zeithistorischen Forschungen* (2011) unter einer Zäsur Ereigniskomplexe, „die existierende politische, soziale, ökonomische und kulturelle Entwicklungstrends abbrechen und neuen Trends und Kräften zum Durchbruch verhelfen.“⁸ Demnach würden dann also nur solche Ereignisse als Zäsur bezeichnet, welche die sogenannte *longue durée*, also die langfristig wirkenden Faktoren der Weltgeschichte, nachhaltig beeinflussen.⁹ In diesem Zusammenhang bringt Berg eine analytische Unterscheidung ein, die auf Überlegungen seines Historiker-Kollegen Martin Sabrow beruht. Sabrow hat bezüglich der Frage nach der Qualität von Zäsuren vorgeschlagen, zwischen „historiographischen Deutungszäsuren“ und „sinnweltlichen Ordnungszäsuren“ zu unterscheiden.¹⁰ Historiographische Deutungszäsuren bezeichnen im Wesentlichen die rückblickende wissenschaftliche Deutung eines Ereignisses und dessen Verortung im Kontext einer bestimmten historischen Periode. Sinnweltliche Ordnungszäsuren bezeichnen im Gegensatz dazu die Wahrnehmung von historischen Ereignissen als Zäsur durch die Zeitgenossen. Während also WissenschaftlerInnen den 11. September vielleicht nicht unbedingt als Zeitenwende ansehen, können Zeitgenossen dies durchaus so wahrnehmen. Diese Wahrnehmung wiederum kann dann tatsächlichen Wandel anstoßen.

Sabrows Unterscheidung bedeutet, dass man „sinnweltliche Ordnungszäsuren,“ also die Wahrnehmung des 11. September als Zäsur, ernst nehmen muss, da sie zum Motor tatsächlicher politischer Veränderungen werden können. Ein Beispiel hierfür wären die Versuche der US-Regierung unter Präsident George W. Bush, militärische Interventionen zunächst in Afghanistan und später im Irak nicht zuletzt durch eine Betonung des Zäsurcharakters von 9/11 zu legitimieren. Ähnlich ist der seit den Anschlägen immer wieder gebrauchte Vergleich des 11. September mit dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Jahr 1941 zu sehen. Diese häufig angeführte Parallele betont den epochalen

8 Manfred Berg, „Der 11. September – eine historische Zäsur?“, *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 8/3 (2011), S. 463-474.

9 Fernand Braudel: „Geschichte und Sozialwissenschaften: Die *longue durée*“, in: *Schrift und Materie der Geschichte: Vorschläge zu einer systematischen Aneignung historischer Prozesse*. Hrsg. von Claudia Honegger. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1977. S. 47-85.

10 Martin Sabrow, „Zur Deutungsmacht historischer Zäsuren“. Impulsreferat in der Podiumsdiskussion ‚Historische Zäsuren‘ auf dem Berliner Historikertag, 29.9.2010.

Einschnitt, den der Terrorangriff bedeutet, aber auch das Moment der Überraschung und das – zynisch formuliert – effektive Kosten-Nutzen-Kalkül, dass beiden Angriffen zugrunde lag: Beide Male gelang es den Tätern, mit vergleichsweise wenig Aufwand extremen Schaden anzurichten. Darüber hinaus halten sich nach Ansicht der Verfasser die Analogien jedoch in Grenzen. Dies schon deshalb, weil Pearl Harbor sich ca. 4.000 Kilometer vor der amerikanischen Westküste abspielte, weswegen große Teile der Bevölkerung auf dem Festland den japanischen Angriff nicht unbedingt mit einer neuen Verwundbarkeit der USA gleichsetzten – im Unterschied zu den Attacken des 11. September. Dennoch gilt: Selbst wenn man die Diagnose einer ‚Zäsur 9/11‘ nicht teilt – ernst nehmen sollte man die Wirkmächtigkeit des scheinbar bloßen Redens über dieses Ereignis als Zäsur in jedem Fall.

4 Katalysator 9/11?

Generell lässt sich eine mit zunehmendem zeitlichem Abstand zu den Ereignissen immer größer werdende Skepsis bezüglich der epochalen Bedeutung der Anschläge konstatieren, wobei sich die Forschung hier vor allem auf zwei Bereiche konzentriert: die Weltpolitik und die Außenpolitik der USA.

Zunächst gibt es nach wie vor gewichtige Stimmen, die den 11. September sehr wohl als Zeitenwende im Sinne einer Wasserscheide einstufen, die den ‚Fluss der Geschichte‘ entscheidend in eine andere Richtung gelenkt habe. So argumentiert etwa der Historiker Richard W. Bulliet von der Columbia University. Bulliet führt an, dass selbst der „ökonomische Kollaps von 2008 zu großen Teilen eine Konsequenz der neuen Richtung“ sei, in welche die Geschichte im Nachklang der Terroranschläge ‚geflossen‘ sei. Demnach habe es neben den militärischen Vergeltungsmaßnahmen für die US-Regierung ebenso hohe Priorität gehabt, die „optimistische Grundeinstellung“ der Bevölkerung der 90er Jahre aufrechtzuerhalten, und zwar primär im Sinne amerikanischer Wirtschafts- und speziell Kaufkraft. Schließlich hätten die Terroristen gezielt das Symbol US-amerikanischer Wirtschaftsstärke schlechthin zu Fall gebracht – in der Folge war es daher zentral, dass der öffentliche ‚Handelsplatz‘ nicht zum Erliegen kam. Neben vielen seriösen und sinnvollen Investitionen kam es auch zu unkontrollierter Spekulation, nicht zuletzt auf dem Haus- und Grundstücksmarkt – ein Szenario, das 2008 mit dem Zerplatzen der Finanzblase endet. Bulliet stellt klar, dass die amerikanische Reaktion auf 9/11 die Finanzkrise von 2008 nicht verursachte. Dennoch gäbe es zwar keinen direkten kausalen Zusammenhang, doch sehr wohl einen großen Einfluss des 11. September auf die Folgejahre, so der Historiker zum zehnten Jahrestag der Anschläge. Naturgemäß zurückhaltender, weil nur zwei Jahre nach den Anschlägen, äußert

sich Mary L. Dudziak, die Herausgeberin von *September 11 in History: A Watershed Moment?* Dudziak mahnt zur Vorsicht in dieser Frage, die sie zumindest zum damaligen Zeitpunkt für noch nicht beantwortbar hält. In der Einleitung des Sammelbandes weist sie darauf hin, in welchem Ausmaß bereits die „Idee von Veränderung die Art und Weise betrifft, wie ein Ereignis Teil des historischen Gedächtnisses wird.“¹¹ Andere Experten sind sich eine Dekade nach 9/11 ihrer Sache sicher: Zumindest in Bezug auf die Weltpolitik, so ihre Einschätzung, habe der 11. September keine neue Epoche eingeläutet. Vielmehr müsse dieser Vorfall als Kulminationspunkt von Entwicklungen angesehen werden, die bereits mit dem Ende des Kalten Krieges begonnen hätten. In diesem Zusammenhang hat der Politikwissenschaftler Harald Müller betont, dass der 9. November 1989 im Unterschied zu 9/11 eine tatsächliche Zeitenwende sei, da der Fall der Mauer zu einer „tektonischen Verschiebung der Machtverhältnisse“ in der Welt geführt habe.¹²

Im Gegensatz hierzu gilt der 11. September vielen ExpertInnen nicht als Zeitenwende, sondern vielmehr als Katalysator, der schon vorher bestehende Entwicklungen in der Weltpolitik verdichtet und damit verstärkt bzw. beschleunigt hat. Ein Beispiel hierfür ist die internationale Sicherheitspolitik: So haben die Anschläge den bereits zuvor erkennbaren Trend zur „Entstaatlichung“ internationaler Sicherheitspolitik intensiviert. Schon in den 1990er Jahren erkannten Sicherheitsexperten, dass der Nationalstaat in Bezug auf die Frage, was geschützt werden muss und von wem oder was Bedrohungen ausgehen, zunehmend in den Hintergrund rückt. Sicherheit wird schrittweise zu einem transnationalen Problem. Diese Herausforderung wird geradezu exemplarisch durch die grenzüberschreitende Bedrohung des modernen Terrorismus symbolisiert, so nach dem 11. September 2001 in New York auch auf Bali 2002, in Madrid 2004, in London 2005, in Mumbai 2008, in Nairobi 2013 und zuletzt in Paris zu Jahresbeginn 2015. Die Ausrufung des Kalifats ‚Islamischer Staat‘ Mitte 2014 wiederum stellt dieses Perzeptionsschema infrage bzw. fügt ihm eine zweite, daneben bestehende Dimension hinzu: Der Terror gründet seinen eigenen Staat. Er ist damit lokalisierbar; das Kalifat hat Grenzen, es hat Ressourcen und eine Infrastruktur zu verlieren, aber auch ein höheres Verteidigungspotenzial. Da die ‚klassische‘ Terrorbedrohung durch notorisch schwer zu lokalisierende ‚Guerilla‘-Terrorgruppen jedoch keineswegs behoben ist (sondern allenfalls durch die Rekrutierung von Kämpfern auch in den Ländern, die den Terror bekämpfen, noch verstärkt wird), sieht sich die Welt mit IS und anderen Terrortypen einer doppelten Gefahrendimension gegenüber.

11 Richard W. Bulliet, „9/11: Landmark or Watershed?“, <http://essays.ssrc.org/10yearsafter911/911-landmark-or-watershed/>, abgerufen am 29.6.2015. Übersetzung ins Deutsche durch die Autoren. Mary L. Dudziak, *September 11 in History: A Watershed Moment?* Duke University Press Books, 2003. S. 3. Übersetzung ins Deutsche durch die Autoren.

12 Harald Müller, *Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2003. S. 11ff.

In Bezug auf die US-amerikanische Außenpolitik fällt das Urteil bezüglich der Frage nach dem Zäsurcharakter des 11. September nicht ganz so eindeutig aus. In der US-amerikanischen Fachzeitschrift *Foreign Affairs* gibt der Historiker Melvyn P. Leffler zu, dass es verlockend sei, die Anschläge als Beginn eines fundamentalen Wandels in der US-amerikanischen Außenpolitik zu interpretieren.¹³ Laut Leffler ist eine solche Interpretation aber schlichtweg falsch, da weder das Streben nach militärischer Vormachtstellung noch der Unilateralismus der USA ein neues Element ihrer Außenpolitik sei. Ähnlich argumentiert der Yale-Historiker John Lewis Gaddis, der neben der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten zumindest in der westlichen Hemisphäre und dem Anspruch des Landes, alleine und ohne Absprachen mit anderen (etwa im Rahmen der UN) zu agieren, noch eine dritte traditionelle Säule US-amerikanischer Außenpolitik benennt: präemptives Handeln, also den Gegner auszuschalten, bevor dieser einem selbst gefährlich werden kann.¹⁴

Auch in diesem Zusammenhang wird oft angedeutet, dass die Anschläge den Effekt eines Katalysators hatten, also bereits vorhandene Entwicklungen verstärkt oder diesen zur Entfaltung verholfen hätten. Lefflers Einschätzung widerspricht jedoch solchen Stimmen, die einen „Paradigmenwechsel“ in der US-Außen- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September postulieren. Aus Sicht des Autorenduos Ivo Daalder und James Lindsay hingegen hat die Regierung George W. Bush zwar die Anschläge nicht unbedingt kommen sehen, reagiert aber entschieden darauf, indem sie unmittelbar danach den Kurs radikal ändert. Lindsay und Daalder glauben gar eine „Revolution“ in der Außenpolitik zu erkennen.¹⁵

Kann man daher in Bezug auf die US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich von einer Zeitenwende sprechen, oder müssen wir Lefflers Einschätzung zustimmen? Und wie bewerten wir diese Frage in Bezug auf die deutsche Außenpolitik? Doch damit nicht genug: Der vorliegende Band möchte die Frage nach dem Zäsurcharakter des 11. September zusätzlich auf andere Themenfelder ausweiten, welche sowohl in den USA als auch in Deutschland und Europa sichtbare Veränderungen erfahren haben, darunter die

13 Melvyn P. Leffler, „September 11 in Retrospect“, *Foreign Affairs*, September/October 2011. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2011-08-19/september-11-retrospect>, abgerufen am 3.6.2015.

14 Siehe John Lewis Gaddis, *Surprise, Security, and the American Experience*. Cambridge: Harvard University Press, 2004.

15 Ivo H. Daalder und James M. Lindsay, *America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2003. Für Philip Gordon ist diese Revolution allerdings nicht von langer Dauer: Bereits im Sommer 2006 seien die Ziele der Bush-Doktrin schon aus Budget-Gründen schlicht nicht länger aufrecht zu erhalten, so Gordon. Siehe: Philip H. Gordon, „The End of the Bush Revolution“, *Foreign Affairs*, July/August 2006. <https://www.foreignaffairs.com/articles/2006-07-01/end-bush-revolution>, abgerufen am 1.9.2015.

gegenseitige Wahrnehmung der atlantischen Partner im Spiegel der intellektuellen Verarbeitung von 9/11, Migration und Einwanderung, Debatten über Religion und die mediale Interpretation des internationalen Terrorismus.

5 Analyseebenen und thematische Aspekte: Zur Struktur von Zeitenwende 9/11?

Um die zentrale Fragestellung des Buches umfassend beantworten zu können, müssen wir verschiedene Analyseebenen in den Blick nehmen. Zunächst widmen wir uns der geographischen Analyseebene. Hierbei scheint es uns angesichts der globalen Auswirkungen der Anschläge essentiell zu sein, sowohl die globale als auch die nationale sowie die lokale Ebene in unsere Analyse einzubeziehen. In Bezug auf die globale Ebene sollten wir vor allem nach den transnationalen Austauschprozessen und Verflechtungen fragen, die durch den 11. September angestoßen wurden. Insbesondere die transatlantische Zusammenarbeit, aber auch die Spannungen zwischen den USA und Deutschland bzw. Europa im Bereich der Einwanderungs- und Sicherheitspolitik sind hierbei von großem Interesse.

Auf nationalstaatlicher Ebene sollten wir nicht nur Entwicklungen in der Außenpolitik betrachten, sondern, sofern möglich, auch lokale Gegebenheiten innerhalb einzelner Länder in den Blick nehmen, da sich dort nationale und transnationale Entwicklungen teilweise massiv auf das Alltagsleben von Menschen auswirken. Ein Beispiel hierfür wäre die Grenzregion zwischen den USA und Mexiko, wo sich seit den Anschlägen von 2001 nachhaltige Spannungen zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und der Förderung freien Handels und wirtschaftlich relevanter Einwanderung entwickelt haben. Ähnliches könnte auch für Menschen muslimischen Glaubens in den USA und Europa gesagt werden, deren Leben durch politische Entscheidungen im Zuge der Anschläge teilweise spürbaren Einschränkungen ausgesetzt war und ist. Zu fragen ist in diesem Zusammenhang, ob man auch auf dieser lokalen Ebene von einer Zeitenwende sprechen kann. Vor dem Hintergrund gegenwärtiger Entwicklungen und der rapide ansteigenden Flüchtlingsströme gen Europa gewinnt dieser Aspekt an brisanter Aktualität: Viele Menschen befürchten im Zuge der Migrationsbewegungen eine Unterwanderung durch den islamistischen Terror (wenn sich diese Angst in der Praxis auch bisher nicht bewahrheitet hat).

Neben der geographischen Analyseebene ist die bereits angesprochene analytische Unterscheidung zwischen „historiographischen Deutungszäsuren“ und „sinnweltlichen Ordnungszäsuren“ hilfreich. Hierbei zielen die AutorInnen

dieses Bandes darauf ab, zum einen gezielt die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse vor und nach dem 11. September auf globaler, nationaler und lokaler Ebene zu untersuchen, um die nachhaltige Qualität des Wandels seit den Anschlägen bewerten zu können. Zum anderen wenden sich die Verfasser einiger Beiträge den Wahrnehmungen der Anschläge zu, die eng mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen verknüpft sind. Ein zentrales Thema der Untersuchung dieser Wahrnehmungen ist Sicherheit: Alle Untersuchungsbereiche dieses Bandes hängen direkt oder indirekt mit Bedrohungswahrnehmungen und dem Bedürfnis nach Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung von Sicherheit zusammen. Es gilt in diesem Zusammenhang zu untersuchen, inwiefern eine nachhaltige Veränderung in der Wahrnehmung von Sicherheit in den USA und Europa zu erkennen ist. Hieraus folgt die Frage, welchen Einfluss diese veränderten Wahrnehmungen auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen seit dem 11. September 2001 hatten. Haben diese z.B. zu langfristigen Veränderungen in den USA geführt, weil dort die Bedrohung durch den transnationalen Terrorismus anders eingeschätzt wird als in Europa? Und welche Auswirkungen hatten die Wahrnehmungslücken (bisher) auf das Verhältnis von USA und Deutschland, welche auf das transatlantische Wertesystem? Sollte ein solches Wertesystem nach wie vor existieren, und sollte es strukturell betroffen sein, könnte dann der 11. September als der Beginn einer Zeitenwende in den transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa interpretiert werden?

Die Mehrzahl der Beiträge dieses Bandes stellt eine überarbeitete und aktualisierte Form der Vorträge und Kommentare dar, die auf der Tagung gehalten wurden.¹⁶ Zwei Beiträge aus der Praxis wurden in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum 10. Jahrestag des 11. September verfasst und sind in unveränderter Form wiedergegeben: Der Festvortrag des heutigen Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Frank-Walter Steinmeier, sowie den eigens für diesen Anlass verfassten Aufsatz des zum Zeitpunkt der Anschläge amtierenden (mittlerweile verstorbenen) Verteidigungsministers Peter Struck. Steinmeier und Struck wurden aufgrund ihrer politischen Ämter zum Zeitpunkt der Anschläge eingeladen. Ersterer schreibt seinen Beitrag aus der Perspektive des Staatssekretärs im Kanzleramt Schröder, letzterer aus der Warte des Bundesverteidigungsministers, der er im rot-grünen Kabinett Schröder/Fischer war. Zusätzlich haben die Herausgeber WissenschaftlerInnen, die zur Tagung eingeladen, aber verhindert waren, sowie einige passiv an der Tagung teilnehmende Fachleute gebeten, ihre Überlegungen zur Thematik einzureichen.

16 Wo dies nicht der Fall ist, steht ein Hinweis in der Fußnote zu Beginn des Beitrages.

6 Die Beiträge dieses Bandes

Der Hauptteil des vorliegenden Sammelbandes gliedert sich in drei Abschnitte: Erstens Außen- und Sicherheitspolitik, zweitens Einwanderungspolitik und Politik der Vielfalt sowie drittens die Rolle der Medien.

Vorangestellt wurde den drei Abschnitten ein Beitrag des Mannheimer Zeithistorikers PHILIPP GASSERT zur welthistorischen Bedeutung des 11. September 2001. Gasserts Aufsatz versteht sich als direkte Antwort auf die Überlegungen seines Potsdamer Kollegen Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), der sich anhand der Kontrastierung von 9/11 mit dem Fall der Berliner Mauer um eine „fachtheoretische Rehabilitierung des Zäsurbegriffes“ bemüht. Während nach Sabrow das erste Ereignis lediglich vorherrschende Sichtweisen bestätigte und damit als „orthodoxe Zäsur“ klassifiziert werden muss, erzwang 1989 neue gesellschaftliche Sichtachsen und verdient damit das Prädikat der „heterodoxen Zäsur“. Mittels eines konzeptionellen Rückgriffes auf die Überlegungen von Pierre Bourdieu und Reinhart Koselleck wendet sich Gassert in einem ersten Schritt gegen diese ereignistheoretische Dichotomie. In einem zweiten Schritt fragt er sodann mit Blick auf die US-Außenpolitik und die globale Situation, inwiefern der 11. September tatsächlich bereits vorhandene Sichtweisen bestätigt oder durch politische Relevanz neu geschaffen und damit selber Handlungsmacht erlangt habe. Darauf aufbauend wirft Gassert die Frage auf, ob 9/11 damit nicht doch zu einem Katalysator welthistorischen Wandels geworden sei. Er habe die Welt zwar nicht grundsätzlich verändert, dennoch aber latente Machtverschiebungen aufgezeigt und damit eindrücklich das Ende der ideologischen Großkonflikte und des Kalten Krieges verdeutlicht. Somit schreibt Gassert im Großen 9/11 aus weltordnungspolitischer Sicht den katalysatorischen Effekt zu, den die weiteren Analysen dieses Bandes diesem Schicksalstag im Kleinen politikfeldspezifisch attestieren.

Die Heidelberger Amerikawissenschaftler und Mitherausgeber TOBIAS ENDLER und MARTIN THUNERT ergänzen den durch den Beitrag von Gassert gestellten konzeptionellen Rahmen zur welthistorischen Einordnung der Terroranschläge um die Dimension ihrer Aufarbeitung im transatlantischen intellektuellen Diskurs. Zunächst zeichnen die Autoren den intellektuellen Diskurs in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Europa und Nordamerika – insbesondere den USA – nach, der sich über Jahrzehnte nicht zuletzt an der Frage nach einer Wertegemeinschaft über den Atlantik hinweg orientierte. Für Endler und Thunert fungiert als Träger dieses Diskurses bis in die Gegenwart die – im Sinne einer über Diskursbeziehungen verflochtene, jedoch nicht in ihren Einschätzungen homogene – Gemeinschaft der ‚öffentlichen Intellektuellen‘ (*public intellectuals*). Diese Vor-Denker fungieren im besten Fall als

Impuls- und Ideengeber sowie Moderatoren in der öffentlichen Debatte. Während der 11. September 2001 den transatlantischen intellektuellen Diskurs zweifellos befördert hat, fragen die Autoren, ob er ihn auch verändert hat, und welche Charakteristika bis hin zu einer ‚diskursiven Wasserscheide‘ diese Veränderung gegebenenfalls auszeichnen. In der Folge legen Endler und Thunert dar, wie sich der Diskurs im Nachklang der Anschläge zwar an der Oberfläche gewandelt, unterhalb dieser auf konkrete politisch-administrative Maßnahmen wie auch Legitimitätsfragen des Militärischen abzielenden Ebene jedoch traditionell unterschiedliche Bedrohungswahrnehmungen offengelegt hat. Im Rückblick auf knapp anderthalb Dekaden zeigt sich, wie auch der 9/11-Diskurs im Rahmen bestehender kultureller Deutungsmuster der internationalen Politik – z.B. Huntingtons ‚Kampf der Kulturen‘ –, der Globalisierungsdebatte und der sich verändernden globalen Machtverhältnisse geführt wird.

7 Außen- und Sicherheitspolitik

Bei FRANK-WALTER STEINMEIERS Beitrag handelt es sich um den Nachdruck des Manuskriptes seiner Rede mit dem ursprünglichen Vortragstitel „Zeitenwende 9/11? Innenansichten aus dem Kanzleramt“. Mit dieser Rede eröffnete der gegenwärtig amtierende deutsche Außenminister in einem öffentlichen Abendvortrag die zuvor erwähnte Konferenz zum Thema. Steinmeier, zum Zeitpunkt der Anschläge Chef des Bundeskanzleramtes sowie Geheimdienstkoordinator und damit führend involviert in das umgehend nach den Anschlägen einsetzende deutsche Krisenmanagement, lässt einerseits seine persönlichen Erinnerungen dieses Tages Revue passieren und bilanziert im Kontext des „massivsten Terrorangriffs“ auf die USA, den er als „tiefgreifende Zäsur für das amerikanische Sicherheitsgefühl“ bewertet, auch den Schock und das Mitgefühl der deutschen Zivilgesellschaft. Diese Eindrücke korrelieren mit denjenigen im Kanzleramt, wie Steinmeier aus Sicht des Politikers und Zeitzeugen ergänzt: „[A]m Tag nach den Anschlägen [...] konnte es keinen politischen Alltag mehr geben“. Aus den atmosphärischen Beklemmungen der Zeit heraus erklärt Steinmeier auch die Entstehung der umstrittenen Formel der „uneingeschränkten Solidarität“, die inzwischen Anlass für „Legendenbildung“ gewesen sei. Er konstatiert ebenso den beinahe-Zerfall der rot-grünen Koalition 2001 im Kontext des Afghanistan-Einsatzes wie auch das spätere Irak-Zerwürfnis mit den USA.

In seinem eigens für diesen Band verfassten Beitrag kritisiert PETER STRUCK, zum Zeitpunkt der Anschläge Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, die „Ausmaße der Terrorbekämpfung“ als „hysterisch“ und spricht ihnen nachhaltige Auswirkungen auf das Spannungsgefüge von Sicherheit und Freiheit zum Nachteil letzterer zu. 9/11 habe, so Struck weiter, aufgrund der

Konfrontation der Bundeswehr mit neuen Einsatzszenarien als Katalysator für deren Umbau von einer „Verteidigungsarmee“ zu einer „Armee im Einsatz“ gewirkt. Diese Entwicklung stehe sowohl im Kontext eines Mentalitätswandels der Bevölkerung gegenüber (moralisch gerechtfertigten) Interventionen, als auch in dichter Kontinuitätslinie mit weiteren Konflikten vom Balkan bis zum Irak. Kritisch bewertet Struck in diesem Zusammenhang den US-geführten Angriff auf den Irak 2003, den er „nicht mittragen“ konnte und welcher ein „tiefes Zerwürfnis im westlichen Bündnis“ zur Folge gehabt habe. Obwohl er Al-Qaida aus Sicht des Jahres 2012 als deutlich geschwächt bewertet, kündigt Struck den „Kampf gegen den Terror“ sowie die weitere Balkan-Präsenz auch als zukünftige Herausforderung für die Bundeswehr an. „Der Transformationsprozess deutscher Sicherheitspolitik“, der „gerade erst begonnen“ habe, dürfe nicht von Budgetfragen abhängen, sondern müsse sich von sicherheitspolitischen Notwendigkeiten leiten lassen und entlang dieser gestaltet werden.

Der Kieler Politologe und Experte für Terrorismus- und Sicherheitspolitikforschung, WILHELM KNELANGEN, knüpft gleich auf mehrfache Art und Weise an die Ausführungen seiner oben genannten Wissenschaftskollegen an. Gleich zu Beginn ergänzt er die ordnungspolitischen Überlegungen des Historikers Gassert zur globalen Dimension von 9/11 um eine knappe Skizze der Deutungsmuster seiner eigenen Disziplin, den Internationalen Beziehungen. Diese skizziert Knelangen als eine zwischen den Extremen einer durch 9/11 eingeleiteten „Epoche der Konflikte“ einerseits sowie den kontinuieritätsbetonenden Mantras verschiedener Denkschulen andererseits alternierende Debatte. Gleichzeitig hebt Knelangen aber hervor, dass unterhalb der „geschichtstheoretischen Ebene“ der 11. September als internationale Krise bewertet werde, welche „in Teilen auch zu einer Revision der bis dahin eingeübten sicherheitspolitischen Handlungs- und Reaktionsmuster“ geführt habe. Knelangen beschränkt sich nicht auf die Auswirkungen von 9/11 auf den Einsatz militärischer Mittel, sondern beleuchtet den Einfluss des 11. September auf alle sicherheitspolitischen Instrumente, die diesem Teilgebiet der Außenpolitik deutschlandintern sowie -extern im „Kampf gegen den Terrorismus“ zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zur „innenpolitischen Dimension“, die Knelangen von 9/11 als nahezu unberührt und „weitgehend in bekannten Bahnen“ verlaufend evaluiert, attestiert Knelangen der Sicherheitspolitik nach außen eine durch 9/11 ausgelöste, „signifikante Zäsur“.

Anschließend stellt KAI OPPERMAN, Reader an der University of Sussex, in seinem Beitrag die These auf den Prüfstand, 9/11 müsse für die deutsche Außenpolitik der Stellenwert einer Zeitenwende zugestanden werden. Mit Blick auf die bundesrepublikanische Nachkriegsgeschichte konstituiert Oppermann dabei zunächst die historiographische Kontrastfolie als Ausgangsbasis seiner Analyse. Diese führt ihn zu dem Befund, dass die „tatsächliche Zeitenwende“ für den Kurs der deutschen Außenpolitik nicht der 11. September, sondern das „Wendejahr“ gewesen sei. Anders als 2001 habe 1989/90

durch die Konvergenz des ausklingenden Kalten Krieges mit dem Fall der Mauer und dem Wiedervereinigungsprozess die Handlungsoptionen deutscher Außenpolitik ebenso grundlegend verändert wie nachhaltig erweitert. Dennoch habe 9/11 für den vor einem Vierteljahrhundert eingeleiteten Prozess der „Normalisierung“ deutscher Außenpolitik eine katalysatorische Wirkung entfaltet. Denn auf den Schock der Terroranschläge, so Oppermann, sei eine „Phase außergewöhnlicher Politik“ gefolgt, die erstmals interessenbasierte Argumentationsmuster zur Legitimation deutscher Militäreinsätze im Ausland ermöglicht habe. Dies verdeutliche nicht zuletzt auch die berühmte Formulierung Strucks, „die Sicherheit Deutschlands werde ‚nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt‘.“

Das transatlantische Pendant zu Oppermanns Analyse liefert SIMON KOSCHUT, momentan Gastprofessor für Internationale Beziehungen und Europäische Integration an der FU Berlin. Koschut ist sich der Möglichkeit von Wechselwirkungen zwischen Politikwissenschaften und Politik bewusst. Aus diesem Grund stellt er die Frage nach den Auswirkungen der Terroranschläge nicht nur auf Ebene der US-amerikanischen Außenpolitik, sondern ergänzt diese zusätzlich um die seines eigenen Fachs. Mit Blick auf die zuletzt genannte Dimension lautet das Ergebnis von Koschuts Betrachtung, dass der 11. September zwar das Primat nationaler Sicherheit aufgewertet habe. Damit einhergehend hätten auch bereits obsolet geglaubte staatszentristische Theorien erneut Auftrieb erhalten, allerdings vermag Koschut darin keinen grundlegenden Wandel zu erkennen. Zu einem ganz ähnlichen Ergebnis kommt Koschut für das Feld der US-amerikanischen Außenpolitik. Nach 9/11 habe Bush den „selektiven Multilateralismus“ der Clinton-Administration nur „außerhalb der Institutionen“ fortgeführt. Der auf den 11. September folgende Irakkrieg habe die USA zwar „militärisch müde“ gemacht und „ökonomisch ausgezehrt“, aber „dennoch nicht zu einer merklichen Reduktion der globalen Truppenpräsenz der USA“ geführt – so lauten nur zwei analytische Verdichtungen, mit denen Koschut pointiert auf die Einbettung ‚neuer‘ Elemente US-amerikanischer Außenpolitik nach 9/11 in Kontinuitäten größerer Entwicklungslinien abhebt.

Während der „global war on terror“ nur eines von mehreren Elementen ist, die Koschuts Gesamtbilanz konstituieren, nimmt dieser im Zuschnitt von ROBIN SCHROEDERS Untersuchung zur Sicherheitspolitik die zentrale Rolle ein. Von „Medien und der Öffentlichkeit häufig nicht wahrgenommen“, habe der „Krieg gegen den Terror“ mit der Schwächung Al Qaedas und der Verhinderung zahlreicher im Land geplanter Anschläge zwar Teilziele erreicht. Dennoch stellt Schroeder „Amerikas längstem Krieg“ eine „düstere Bilanz“ aus. Mit Blick auf sein „gewaltiges Ausmaß“ – der territorialen Entgrenzung, Hunderttausenden von Toten, Kosten in Billionenhöhe – spricht Schroeder dem Antiterrorkrieg jedoch jegliche Verhältnismäßigkeit ab. Zu verstehen sei diese „extreme Reaktion“ nur durch das extreme Ereignis 9/11. Anders als Koschut,

welcher der Bedrohungsperzeption globaler Risiken in den USA über die letzten Dekaden „weitgehende Kontinuität“ bescheinigt, sieht Schroeder diese durch 9/11 „um ein Vielfaches potenziert“. Entsprechend schärfer akzentuiert er den handlungsinduzierenden Charakter dieses Schocks: „Reflexartig“ hätten die USA mit Militär und dem Versuch „strategischer Demokratisierung“, mit dichotomer Freund-Feind-Einteilungen der Welt reagiert.

8 Einwanderungspolitik und Politik der Vielfalt

Das Erkenntnisinteresse der in den USA lebenden Historikerin DOROTHEE SCHNEIDER gilt den Auswirkungen der Terroranschläge auf die US-amerikanische Einwanderungspolitik. Konkret geht Schneider der Frage nach, ob die Antiterrormaßnahmen der Bush-Administration den rechtlichen Status oder die soziokulturelle Identität von Migranten veränderten. Sie konstatiert für die USA eine Verstärkung von Ressentiments gegenüber Personen mit arabisch-kulturellem Erbe, welche sie in der Öffentlichkeit vermehrt zu Opfern tätlicher Übergriffe werden lasse. Obwohl dieses Stereotyp einer arabischstämmigen „Fünften Kolonne“, wie Schneider mit Verweis auf die hohen Opferzahlen der Anschläge unter nicht-Amerikanern und Migranten belegt, auf irrationalen Ängsten basierte, gelang es selbst den staatlichen Behörden nicht, sich der systematischen Stigmatisierung durch „racial profiling“ ausgemachter Personen zu entziehen. Doch wenn sich auch institutionalisierte Restriktionen, die sich besonders gegen Personen mit arabisch-kulturellem Erbe richten und einer erfolgreichen Integration entgegenstehen, noch nie so lange halten konnten, ist 9/11 aus der Sicht Schneiders keine Zeitenwende.

Ein weiterer Beitrag zu diesem Themenkomplex stammt von der Berner Kultur- und Sozialwissenschaftlerin SABINA VON FISCHER. Er ergänzt die Fremdwahrnehmung amerikanischer Muslime um deren eigene Perspektive. Auf übergeordneter Ebene geht von Fischer der Frage nach, ob es durch 9/11 zu einer „Expansion der muslimisch-amerikanischen Solidarität“ gekommen sei und dies zur „Verdichtung einer islamischen Identität“ in den USA beigetragen habe. Exemplarisch wendet sich von Fischer dieser Leitfrage am Beispiel „narrativer Praxis muslimisch-amerikanischer Organisationen“ zu, indem sie mit „korpuslinguistischem Instrumentarium“ zentrale Texte dieser Institutionen nach sprachlichen Mustern im Zuge der Anschläge untersucht. Auf diese Weise kommt von Fischer zu dem Ergebnis, dass „die Narrativisierung des heterogenen muslimisch-amerikanischen Kollektivs durch und nach 9/11 inklusiver geworden“ sei, sich also eine „zunehmende Ethnifizierung“ der „Kategorie Muslim“ abzeichne. Als maßgeblich für diese Entwicklung sieht von Fischer das „[f]eindselige Klima in den USA gegen Muslime“ sowie die gemeinsame Erfahrung der Diskriminierung dieser Gruppe. Dies reflektiere

sich auch in deren Vokabular, genauer: Der Übernahme des ursprünglich gegen sie gerichteten Vokabulars, was es den amerikanischen Muslimen ermögliche, ihre Identität nicht länger exklusiv in Abgrenzung zu den USA zu definieren, sondern dies inklusiv als Gruppe zu tun.

Der 11. September und die zuvor von Schneider dargestellten Eingriffe der USA in ihre Einwanderungspolitik hätten sich nur mittelbar auf die Europäische Union ausgewirkt, meint ALEXANDRA SCHMID, die zu diesem Thema an der Universität Passau forschte. Sie tritt damit der These entgegen, dass es in Folge der Anschläge zu einem bedingten Wandel der Risikoperzeption, einer daraus resultierenden Versicherheitlichung (*Securitization*) des Politikfeldes, sowie einer restriktiveren Migrationspolitik durch die politischen Entscheidungsträger gekommen sei. Schmid folgt im Gegensatz dazu der Auffassung, dass dieser Wandel bereits mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stattgefunden habe und deshalb bereits damals sukzessive restriktive Maßnahmen eingeführt worden seien. Obwohl Politiker einiger EU-Mitgliedsstaaten nach dem 11. September gezielt versucht hätten, die Anschläge mit dem Themenfeld der europäischen Migrationspolitik zu verknüpfen, sei dies nicht haltbar gewesen und gescheitert. Dennoch seien im Zuge der US-amerikanischen Antiterrorpolitik sowie durch die Anschläge von London und Madrid „ursprünglich für das Migrationsmanagement entwickelte Steuerungsinstrumente zum Zwecke der Terrorismusbekämpfung zweckentfremdet“ worden.

9 Die Rolle der Medien

„Was in New York und Washington geschah, konnte seine Wirkung überhaupt erst dadurch entfalten, dass und wie davon berichtet wurde“, lautet ein Diktum aus dem Fachbereich von TIM KARIS, Kommunikations- und Medienwissenschaftler aus Bochum. Terrorismus, so Karis, sei in erster Linie eine Kommunikationsstrategie, deren einzelne Akte für sich genommen unbedeutend seien. Diese entfalteten sich erst durch ihren Symbolgehalt, den er in ihrer Medialität begründet sieht. Am 11. September 2001 habe dieser Mechanismus aufgrund der Bedeutung der Anschlagssziele ganz besonders kraftvoll und mit bisher unbekannter Intensität funktioniert. Neben der Visualität der Bilder, die in Endlosschleife um den Globus liefen, misst Karis auch dem Live-Charakter der Berichterstattung große Bedeutung bei. Diese habe dem Gros der Rezipienten ein Gefühl des Miterlebens, des „auch-von-der-Gefahr-Betroffenseins“ vermittelt. Am 11. September 2001 verließen die Medien damit die ihnen zuge dachte Rolle der Berichterstattung und wurden zum Teil des Geschehens selbst, so Karis.

Ergänzend dazu geht die Heidelberger Nordamerikawissenschaftlerin EVA-MARIA MAYER der Frage nach, ob der 11. September für die Darstellung und Interpretation von Terrorismus in der medialen Berichterstattung in den USA als Paradigmenwechsel bewertet werden müsse. Noch nie zuvor in der Geschichte, so Mayer, hätten Terroranschläge das journalistische Interesse mit derart absoluten Zügen auf sich kanalisiert; sie sieht 9/11 daher als quantitativen „Höhepunkt“. Diesen relativiert Mayer jedoch mit drei Argumenten als „vorläufig“. Erstens ordne sich der 11. September insgesamt in die Gesamtten- denz einer kontinuierlichen Zunahme der thematischen Berichterstattung ein. Zweitens habe er in seiner medialen Verbreitung auch von technologischen Neuerungen und sozialen Trends profitiert, die sich bis heute deutlich weiter- entwickelt hätten. Drittens sei die mediale Dominanz von 9/11 selber nur von kurzer Dauer gewesen und habe schnell wieder ein normales Maß erreicht. Deutlich nachhaltiger war aus Sicht Mayers dagegen der Effekt, den 9/11 in qualitativer Hinsicht hatte. Dass mit 9/11 Terroranschläge erstmals rhetorisch zum „Krieg“ stilisiert und aufgewertet wurden, habe alternative Interpretati- onen verhindert und mittelfristig andere gesellschaftliche Probleme von der po- litischen Agenda verdrängt.

Mit dem 11. September sei es Al-Qaida auch in der Bundesrepublik ge- lungen, so WOLFGANG FRINDTE, NICOLE HAUBECKER und JENS JIR- SCHITZKA, eine „diffuse Atmosphäre von Unsicherheit und Angst zu ver- breiten und diese durch weitere medienwirksame Anschläge kontinuierlich aufrechtzuerhalten.“ Für die Medienpsychologen aus Jena steht dabei das Be- drohungsempfinden in keiner Relation zu der tatsächlichen Bedrohungslage. In ihrer Untersuchung gehen sie daher von einem Zusammenhang zwischen dem Einfluss der Medien und der Wahrnehmung von Terrorismus als Gefahr im Allgemeinen sowie von Muslimen und Islam im Besonderen aus. Spezi- fisch fragen sie dabei einerseits nach der Rolle der Verbreitungsmedien für die mediale Konstruktion von Terror. Andererseits gilt das Interesse des Teams um Frindte der Wahrnehmung durch die Mediennutzer, also der individuellen Interpretation der medialen Deutungsangebote. Durch die Auswertung umfas- sender Datenerhebungen weisen die Medienpsychologen für die Qualität der Berichterstattung eine deutliche Wirkung auf das Bedrohungsempfinden der Rezipienten nach, nicht aber für die Quantität. Die Verbreitungsmedien treffe zwar keine Schuld an den Anschlägen, spätestens seit 9/11 hätten sich diese „auf eine ungewollte, aber für die Mediennutzerinnen und Mediennutzer tragi- sche Symbiose mit dem Terrorismus eingelassen.“

Die wirkungsmächtigen Bilder der terroristischen Anschläge des 11. Septem- ber 2001 haben sich in das kollektive Gedächtnis von Millionen von Menschen aller Länder und Kulturkreise eingebrannt. Volker Ullrichs Einschätzung in der *Zeit* schon zu Ende desselben Monats repräsentiert wohl die Mehrheit der Meinungen in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt: „Stehen wir wieder vor einer Zeitenwende? Werden die Geschichtsbücher einst den 11. September

2001 [...] als einen weltgeschichtlichen Einschnitt beschreiben? Wir wissen es nicht. Aber wir ahnen, dass es so sein könnte.“¹⁷ *Zeitenwende 9/11?*, aus dem Vorteil einer Warte wissenschaftlicher Expertise heraus (der Band versteht sich nicht zuletzt als Debattenforum divergierender, aber letztlich sich zu einem Gesamtbild ergänzender Einschätzungen) und im Luxus des Rückblicks auf beinahe anderthalb Jahrzehnte Aufarbeitung und Analyse, will seinen LeserInnen Antworten anbieten. Auf deren Grundlage soll sich jede/r selbst ein Urteil bilden.

17 Volker Ullrich, „Zeitenwende. Warum der 11. September 2001 an den 28. Juni 1914 erinnert“, *Die Zeit*, 20.9.2001.

Der 11. September 2001 – ein welthistorischer Wendepunkt?

Philipp Gassert

Dramatische Geschehnisse wie die terroristischen Angriffe des 11. September 2001 oder der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 rufen beim Publikum die untrügliche Neigung hervor, das augenblicklich als schockierend Erlebte als Teil einer umstürzenden Neuordnung der Welt zu deuten – als epochale Zäsur, als welthistorischen Wendepunkt eben. Die Ermordung Kennedys im November 1963, der Ölpreisschock 1973, die Explosion des Atomkraftwerkes in Tschernobyl im April 1986 bieten umfassendes Anschauungsmaterial für eine derartige Wahrnehmung, wonach der Lauf der Weltgeschichte sich durch ein dramatisches Ereignis ändert. „Es ist einer jener Wendepunkte“, konstatierte die *New York Times* am 14. September, „nach denen es eine Welt ‚davor‘ und ‚danach‘ gibt.“¹ Fast gleichlautend stellten führende deutsche Zeitungen den Zäsurcharakter des 11. September heraus. *Die Welt* sprach davon, dass eine „neue Zeitrechnung beginnt“. *Die Zeit* griff ein Zitat des Schriftstellers Paul Auster auf, wonach das 21. Jahrhundert jetzt begonnen habe; „Wir sind aus dem Paradies der Unbefangenheit vertrieben worden“, konstatierte die *Süddeutsche Zeitung*; der *Spiegel* sah „das Anbrechen einer neuen, einer dunkleren Zeit auf dem Planeten Erde“ voraus.²

Zehn Jahre nach den Anschlägen von New York und Washington macht sich Ernüchterung breit. Das Pendel schlägt in die Gegenrichtung zurück. Nicht wenige der zum Jubiläum auf den Markt geworfenen Publikationen machen es sich zur Aufgabe, den Zäsurcharakter des 11. September zu relativieren, den „Mythos 9/11“ zu zerstören.³ Auch diese Deutung ist zeitgenössisch angelegt. So hatte der *Guardian* Anfang Oktober 2001 eine Umfrage unter britischen

- 1 It is „one of those moments in which history splits, and we define the world as ‚before‘ and ‚after‘“; „The War Against America; An Unfathomable Attack“, *The New York Times*, 12. September 2001.
- 2 Paul Auster, „Jetzt beginnt das 21. Jahrhundert: Wir wussten, dass die geschehen könnte. Nun ist es viel schlimmer“, in: *Die Zeit*, Nr. 38, 13. September 2001; weitere Quellenzitate bei Margit Reiter, „‚Uneingeschränkte Solidarität‘? Wahrnehmungen und Deutungen des 11. September in Deutschland“, in: dies., Helga Embacher (Hrsg.), *Europa und der 11. September 2001*, Wien 2011, S. 43-76, hier: S. 45f.; siehe auch Stephan Alexander Weichert, *Die Krise als Medienereignis. Über den 11. September im deutschen Fernsehen*, Köln 2006.
- 3 Vgl. stellvertretend für viele Michael Butter, Birte Christ, Patrick Keller (Hrsg.), *9/11. Kein Tag, der die Welt veränderte*, Paderborn 2011.

Politikern und Intellektuellen veranstaltet. Der britisch-pakistanische Publizist Tariq Ali z.B. hielt die Vorstellung für „lächerlich“, mit 9/11 habe sich alles geändert. Hatte der amerikanische Journalist Roger Rosenblatt nach dem 11. September das Ende des „Zeitalters der Ironie“ verkündet, die Seichtigkeit und den allgegenwärtigen Zynismus in der Populärkultur für tot erklärt, so stellten nun Kommentatoren fest, es werde so viel gewitzelt wie ehemals – nur leider nicht auf höherem Niveau.⁴ Hollywood fiel in alte Routinen zurück, Reality Shows, für eine Woche tabu, kehrten im Dutzend zurück. Arnold Schwarzeneggers Film, *Collateral Damage*, dessen Kino-Start verschoben worden war, weil der Plot einen terroristischen Akt zum Inhalt hat, wurde Anfang 2002 im Triumph eröffnet: Am ersten Wochenende erzielte er Kassenrekord.⁵

Angesichts der katastrophalen Bilder aus New York wurde von der millionenfach gemachten Erfahrung, dass das Leben für einige Stunden, vielleicht für ein, zwei oder drei Tage „still gestanden hatte“, vielfach darauf geschlossen, dass das „Leben an sich“ sich verändert habe. Weil Routinen jäh unterbrochen wurden, schien makrosozialer Wandel vorprogrammiert. Doch mit historischer Distanz relativiert sich nicht nur für rückblickende Historiker, sondern auch für das einzelne Individuum die Bedeutung des Einschnitts. So fragten sich nach wenigen Wochen mehr oder weniger berufene Künstler, Schriftsteller und Unternehmer, was der 11. September verändert habe. Vor allem Männer unter den Befragten gaben zu Protokoll, dass man trotz der Wut über die Anschläge „so normal wie möglich“ weiter leben müsse.⁶ Der Anteil derjenigen, die für „business as usual“ plädierten, wuchs in den folgenden Wochen an. Unter der Überschrift „A Crisis Can't Last Forever“ zog der *San Francisco Chronicle* die Schlussfolgerung, der Alltag habe Amerika wieder eingeholt; die Kirchen seien nach dem 11. September voll gewesen, nun stünden sie werktags wieder leer; auch im Kongress in Washington sei der Geist der Überparteilichkeit verflohen.⁷

4 Elisabeth Noelle-Neumann, „Public Opinion Responses in Germany“, in: Bradley S. Greenberg (Hrsg.), *Communication and Terrorism. Public and Media Responses to 9/11*, Cresskill, NJ 2002, S. 305-316.

5 Thomas Pollard, Hollywood 9/11: „Time of Crisis“, in: Matthew J. Morgan (Hrsg.), *The Impact of 9/11 on the Media, Arts, and Entertainment. The Day that Changed Everything?* New York 2009, S. 195-207, hier: S. 197; Bernd Scheffer, „... wie im Film: Der 11. September und die USA als Teil Hollywoods“, in: Matthias N. Lorenz (Hg.), *Narrative des Entsetzens. Künstlerische, mediale und intellektuelle Deutungen des 11. September*, Würzburg 2004, S. 81-103, hier: S. 88.

6 So der damalige Bertelsmann-Chef Thomas Middelhoff, „Wie hat der 11. September für Sie die Welt verändert“, Umfrage in *Die Welt*, 11. November 2001, <http://www.welt.de/print-wams/article616974/Wie-hat-der-11-September-fuer-Sie-die-Welt-veraendert-2.html>. (30. November 2013).

7 Louis Freedberg, „A Crisis Can't Last forever: Post-9/11 looks a lot like Pre-9/11“, in: *The San Francisco Chronicle*, 10. März 2002, <http://www.sfgate.com/opinion/article/TERRORISM-A-Crisis-Can-t-Last-Forever-2866572.php> (30. November 2013).